

BUND-Hintergrundpapier

Zukunft statt Krise:

Wie die Rettungspakete der EU den Menschen helfen und
das Klima schützen können

Bund für Umwelt und Naturschutz
Deutschland e.V. (BUND)

Kontakt:

Ann-Kathrin Schneider
Leiterin für Internationale Klimapolitik beim BUND
E-Mail: AnnKathrin.Schneider@bund.net

Das BUND-Hintergrundpapier basiert auf dem Briefing „From Fragility to Resilience: How EU Covid-19 recovery plans can tackle pandemic and planetary breakdown“ von Friends of the Earth Europe, dem europäischen Netzwerk des BUND: <http://www.foeeurope.org/Fragility-to-resilience-Covid19-briefing>.

Einleitung

Europa und die ganze Welt sind derzeit mit gleich mehreren Krisen konfrontiert: der COVID-19-Pandemie, des Verlusts von Biodiversität und der stetig voranschreitenden Klimakatastrophe. Es handelt sich um eine fatale Kombination für die Menschheit, sowohl kurz- als auch langfristig. Dabei sind diejenigen, die in unseren sehr ungleichen Gesellschaften bereits benachteiligt sind, überproportional von der COVID-19-Pandemie und ihren unmittelbaren Folgen sowie vom Zusammenbruch des Klimas und der Ökosysteme betroffen.

Die Krisen treten gleichzeitig auf und sind miteinander verbunden – so etwas hat es in der Menschheitsgeschichte noch nicht gegeben. Wir erwarten von den politischen Entscheidungsträgern, dass sie sich ihrer Verantwortung stellen und ganzheitlich auf diese Notfälle reagieren. Dies bedeutet, unmittelbar und langfristig im gemeinsamen Interesse der Menschen und des Planeten zu handeln.

Die COVID-19-Pandemie zeigt nur allzu deutlich die Zusammenhänge zwischen menschlicher Gesundheit, der Umwelt, unserem Wirtschaftssystem und unseren Demokratien auf. Die Regierungen müssen die Solidarität in den Mittelpunkt ihrer Antworten auf die Pandemie stellen – zwischen Ländern und Regionen sowie mit gesellschaftlich an den Rand Gedrängten und denjenigen die am stärksten von COVID-19 betroffen sind. Die Verantwortlichen müssen Hilfsfonds bündeln und an die richtigen Stellen leiten, um eine widerstandsfähigere, gleichberechtigte und sozialere Welt aufzubauen – die unsere Umwelt endlich nicht mehr überfordert.

Ein besserer Wiederaufbau

Dass die europäischen Regierungen Mittel für die wirtschaftliche Erholung nach COVID-19 bereitstellen, ist notwendig und zu begrüßen. Es zeigt, dass Finanzministerien und Finanzinstitute entschlossen handeln und erhebliche Summen für die Reaktion auf Krisen und die Minderung der Folgen zur Verfügung stellen können, wenn sie sich dazu entscheiden.

Aber anstatt ein kaputtes Wirtschaftsmodell zu stützen, das Ungleichheit und den menschengemachten Klimawandel immer weiter befeuert, sollten diese Mittel im Rahmen eines gestärkten europäischen Green Deals für den Übergang zu einem nachhaltigen und fairen

Europa eingesetzt werden. Dies ist der richtige Moment, um doppelt in einen gerechten Übergang und nachhaltige Lösungen für Ernährung, Landwirtschaft, Energie, Natur und Ressourcennutzung zu investieren. COVID-19 darf die Maßnahmen, die zur Vermeidung des Klimanotfalls ergriffen werden müssen, auf keinen Fall schwächen oder verzögern – obwohl es Interessengruppen gibt, die genau das gerade mit Nachdruck fordern.

Zukünftige Pandemien vermeiden

Es gibt einen nachgewiesenen Zusammenhang zwischen Epidemien bzw. Krankheiten sowie der Zerstörung von Wäldern, der Zunahme von Massentierhaltungsbetrieben, dem illegalen Handel mit Wildtieren sowie der Ausbreitung von invasiven Arten, die Mikroben in neue Lebensräume einschleppen. Hinzu kommt, dass unsere Volkswirtschaften auf hochmobilen Lebensstilen, dicht besiedelten Städten und dem übermäßigen Verbrauch von Produkten aus komplexen globalen Lieferketten beruhen – also Bedingungen, die die Verbreitung von Viren erleichtern.

Ein Teil der Reaktion auf die COVID-19-Pandemie muss das Bestreben sein, in Harmonie und nicht im Wettbewerb mit unserer Umwelt zu leben. Um zukünftige Pandemien zu vermeiden, müssen wir unsere Beziehung zur Natur überdenken, Ökosysteme und die biologische Vielfalt wiederherstellen, die Massentierhaltung beenden, lokalere Produktionsmodelle schaffen und unnötige Reisen und Transporte reduzieren.

Vier Säulen

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und Friends of the Earth Europe fordern die EU-Institutionen und Mitgliedstaaten auf, als Reaktion auf die COVID-19-Krise Maßnahmen unter den folgenden vier Aspekten zu ergreifen:

- 1. Solidarität**
- 2. Schutz von Ökosystemen und Bekämpfung der Klimakrise**
- 3. Schaffung eines Wirtschaftssystems, das Mensch und Umwelt schützt**
- 4. Stärkung der Demokratie**

1. Solidarität

Jede Art von Rettungsplan muss auf Solidarität beruhen – zwischen Ländern und Regionen sowie mit marginalisierten Mitgliedern der Gesellschaft und den von COVID-19 am stärksten betroffenen Gemeinden. Das Teilen von Ressourcen, einschließlich derer, die zur Bekämpfung der Pandemie erforderlich sind, ist ein wesentlicher Bestandteil dieser Solidarität – seien diese medizinischer, finanzieller, wissenschaftlicher, technologischer oder sonstiger Natur. Auch Schuldenerlasse eignen sich als Instrumente der Krisenreaktion und zur Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung. Dies alles gilt für die Solidarität innerhalb Europas und auf der ganzen Welt, wobei Europa eine globale Führungsrolle übernehmen sollte.

Rettungspläne müssen den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Der Mensch hat oberste Priorität, nicht die entgangenen Gewinne multinationaler Unternehmen. Dazu gehört auch, dass der Lohn und die Bedingungen für Arbeitnehmer in systemrelevanten Berufen der Gesundheits- und Grundversorgung erhöht bzw. verbessert werden müssen.

Staaten und Unternehmen müssen die Menschenrechte sämtlicher Arbeitnehmer entlang der globalen Lieferketten respektieren und schützen, insbesondere vor einem Missbrauch durch grenzüberschreitend tätige Unternehmen. Es ist bereits sichtbar, wie sich die Krise auf Menschen in prekären und freiberuflichen Arbeitsverhältnissen sowie auf Arbeitnehmer mit Null-Stunden-Verträgen auswirkt. Kurzfristige finanzielle Erleichterungen und die Unterstützung durch die Regierungen müssen den am stärksten Betroffenen Vorrang einräumen. Langfristig sollten Sanierungspläne und -fonds die Schaffung menschenwürdiger und sicherer, qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze sowie die Abkehr von prekären Arbeitsbedingungen priorisieren.

2. Schutz von Ökosystemen und Bekämpfung der Klimakrise

Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen ihre Klimastrategien und Umweltstandards beibehalten und an vielen Stellen stärken. Die COVID-19-Krise darf nicht von der Industrie oder politischen Entscheidungsträgern mit eigennützigen Interessen zur Abschwächung oder gar Abschaffung von Umweltgesetzen oder -schutzmaßnahmen genutzt werden.

Vielmehr sollte die Krise dazu dienen, den Übergang zu einer gerechten, nachhaltigen Zukunft zu beschleunigen – und zwar indem noch ehrgeizigere Ziele für den europäischen Green Deal formuliert und umgesetzt werden.

Dies erfordert branchenübergreifende Transformationslösungen und Investitionen. Wir brauchen ausreichende Unterstützung für dezentrale erneuerbare Energien in Bürgerhand und hochwertige Niedrigenergiegebäude im Rahmen einer ambitionierten und rechtsverbindlichen europäischen Strategie zur Sanierung von Gebäuden, der sogenannten Renovierungswelle; die verstärkte Wiederherstellung natürlicher Lebensräume, eine Umstellung unserer Lebensmittel- und Landwirtschaftssysteme auf Agrarökologie sowie klimabeständige und krisenresistente Methoden der Lebensmittelproduktion sowie eine Reduzierung des Konsums insgesamt, um den materiellen Fußabdruck der EU zu halbieren.

Pandemien und Krankheiten stehen im Zusammenhang mit der Zerstörung von Natur und Wäldern, der Verschlechterung der biologischen Vielfalt, der Zunahme von Massentierhaltungsbetrieben sowie dem Handel mit Wildtieren. Durch den Schutz und die Wiederherstellung natürlicher Ökosysteme und der biologischen Vielfalt können wir unsere natürlichen Lebensräume widerstandsfähiger und somit zukunftsfähig machen.

3. Schaffung eines Wirtschaftssystems, das Mensch und Umwelt schützt

Es ist an der Zeit, die Sparpolitik in Europa zu beenden und auf einen volkswirtschaftlichen Rahmen hinzuarbeiten, der Ungleichheit bekämpft und in das Wohlergehen der Menschen sowie die Erhaltung der natürlichen Umwelt investiert.

Wir müssen ein soziales, auf Fürsorge basierendes Wirtschaftssystem aufbauen, in der die Pflegearbeit – eine Arbeit, die überwiegend von Frauen geleistet wird – anerkannt und die Verantwortung für diese Arbeit zwischen Männern, Frauen und der Gesellschaft insgesamt geteilt wird. Eine Wirtschaft, in der die Grundbedürfnisse aller Menschen befriedigt werden und in der wir unsere Umwelt schützen. Dies bedeutet, das Paradigma des endlosen Konsums und ungebremsen Wachstums endlich aufzugeben. Die Privatisierung der Grundversorgung, etwa des Gesundheitswesens, muss aufhören, damit wir stärkere öffentliche Dienstleistungen haben, die von uns Menschen kontrolliert werden. Entsprechende Rettungsaktionen bieten dem Staat

die Möglichkeit, öffentliche Dienstleistungen wie Gesundheit, Verkehr, Energieerzeugung und Bankwesen wieder zu verstaatlichen und zu nachhaltigeren Produktions- und Verbrauchsmustern überzugehen.

Wir fordern die Einführung einer Corona-Vermögenssteuer für reiche Unternehmen und Einzelpersonen, um sicherzustellen, dass diese zu den Kosten der Rettungs- und Sanierungspakete beitragen – und zwar zusätzlich zum Beenden von Steuervermeidung und Steuerhinterziehung.

4. Stärkung der Demokratie

Grundfreiheiten und Rechtsstaatlichkeit, einschließlich des Schutzes von Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung, müssen zu einer nicht verhandelbaren Voraussetzung für jeden EU-Rettungsplan werden.

Einschränkungen der Grundrechte dürfen nur der Bekämpfung der Pandemie dienen; sie müssen zeitlich begrenzt und mit der Rechtsstaatlichkeit und den Grundwerten der EU vereinbar sein.

Während wir mit Einschränkungen leben, um die Ausbreitung von Infektionen zu verhindern, muss eine angemessene Transparenz der Entscheidungsprozesse gewährleistet sein. Die EU-Kommissare dürfen nur registrierte Lobbyisten treffen und müssen Einzelheiten zu ausnahmslos all ihren (auch virtuellen) Interaktionen veröffentlichen. Andere Entscheidungsträger sollten ebenso verfahren.

Der Dialog mit und die Unterstützung der organisierten Zivilgesellschaft müssen aufrechterhalten werden.

BUND-Forderungen für EU-Rettungspakete und Maßnahmen zur Bekämpfung von COVID-19:

1. Verbesserung der Standards, des Schutzes und der Ambitionen von Maßnahmen für Umwelt, Klima, Natur, Arbeitnehmer- und Menschenrechten, um dem Ausmaß und der Dringlichkeit der Krise gerecht zu werden; es darf **keine Deregulierung, Senkung von Standards oder Verzögerungen** bei der Umsetzung von Schutzmaßnahmen und Richtlinien geben.
2. Verhängung eines sofortigen **Moratoriums für alle Schiedsgerichtsklagen** privater Unternehmen gegen Regierungen, die auf internationalen Investitionsabkommen beruhen, sowie eine dauerhafte Beschränkung aller Schiedsgerichtsklagen im Zusammenhang mit staatlichen Maßnahmen, die auf die gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Dimensionen der Pandemie und ihre Auswirkungen abzielen.
3. **Beendigung von Steuervermeidung, Steuerhinterziehung und Geheimhaltung** sowie Sicherstellung, dass die Vermögenden einen fairen Anteil an den Rettungsmaßnahmen finanzieren, auch durch eine Corona-Vermögenssteuer.
4. **Keine Rettung** von Unternehmen aus der fossilen Brennstoffindustrie, von Unternehmen, die zu einem wesentlichen Teil in Steueroasen gemeldet sind, oder Unternehmen mit nachgewiesenem Missbrauch oder der Verletzung von Umwelt-, Menschen- und Arbeitnehmerrechten oder Korruption. Staatliche Unterstützung für Wiedereingliederung von Arbeiter*innen solcher Unternehmen und Branchen, in saubere Industriezweige.
5. **Voraussetzung für die Rettung von Unternehmen** ist eine Priorisierung der Erhaltung von Arbeitsplätzen und angemessenen Gehältern sowie der Verringerung der Klima- und Umweltauswirkungen; dabei sind KMU und der gemeinnützige Sektor vorzuziehen. Nutzung von Rettungsaktionen, um öffentliche Aufgaben in öffentliches Eigentum und unter öffentliche Kontrolle zu bringen.
6. **Begrenzung von Gewinnentnahmen** – in Form von Dividenden, Aktienrückkäufen und Erhöhung der Managementgehälter und -prämien – für Unternehmen, für die Dauer von fünf Jahren, nachdem sie Rettungsgelder erhalten haben.

7. Sicherstellung, dass die transformativen Maßnahmen innerhalb eines europäischen Green Deals rechtzeitig vereinbart und umgesetzt werden. Konjunkturpakete sind an die Ziele des europäischen Green Deals anzupassen, um dessen Umsetzung, einschließlich eines gerechten Strukturwandels von fossilen hin zu erneuerbaren Energien, zu beschleunigen.

8. Bereitstellung ausreichender Finanzmittel und Entwicklung von Maßnahmen, einschließlich Schuldenerlass und eines gut ausgestatteten Strukturwandelfonds, um diejenigen, die am stärksten vom wirtschaftlichen Abschwung betroffen sind sowie diejenigen, die aus der fossilen Brennstoff- und anderen Industrien aussteigen müssen, zu unterstützen. Schaffung neuer, gut entlohnter und hochqualitativer Arbeitsplätze.